ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**

REVOLUTION

revolutionäre Jugendzeitung ✪ Nummer 1

Wir müssen draußen bleiben.

Freiheit für Palästina, Irak, Afghanistan

PLUS ✪ Agenda 2010 ✪ Chile ✪ DSEi ✪ Che Guevara ✪ und mehr!

Besatzer raus!
Seite 3

Ein Sommer für die Revolution
Seite 4

Agenda 1810
Seite 5

Ende einer Hoffnung
Seite 6

Disarm DSEi!
Seite 7

Che & die Revolution
Seite 8 / 9

Revolutionäre Lieder
Seite 10

Europäisches Sozialforum
Seite 11 / 12

Unsere erste Zeitung!

Die REVO-Gruppe in Berlin gibt es seit etwa anderthalb Jahren. Endlich haben wir es geschafft, eine eigene Zeitung rauszubringen.

REVO-Zeitungen erscheinen seit Jahren in London, Stockholm, Prag, Wien – seit einem Monat auch in Bratislawa.

Wir wollen diese Zeitung benutzen, um eine revolutionäre Jugendbewegung quer durch die BRD aufzubauen. Durch die kapitalistischen Krisen und imperialistischen Kriege kommen immer mehr Jugendliche zum Schluss, dass eine radikale Veränderung der Gesellschaft unbedingt notwendig ist.

Daher unser Ruf... **One solution: REVOLUTION!**

Falls du dieses Ziel teilst, falls du das Scheißsystem durch eine revolutionäre Massenbewegung von Jugendlichen und ArbeiterInnen zerschlagen willst, dann mach mit bei **REVOLUTION**! Mach mit bei einer unserer Aktionen oder schreibe was für die Zeitung!

Berlin, den 27. September 2003

V.i.S.d.P.: R. Bodenschatz, Lüneburg

Das **REVOLUTION**-Treffen in Berlin ist jeden Samstag (außer wenn eine große Demo ist) um 14 Uhr im Kiezladen, Dunckerstraße 14, S-Bhf Prenzlauer Allee. Mach mit!

REVOLUTION
030 / 62 60 77 41
Postfach 146, 13091 Berlin
info@onesolutionrevolution.de
und unsere Homepage...

Anti-Starbucks-Mauer

REVOLUTION ist solidarisch mit den unterdrückten PalästinenserInnen. Verantwortlich für die Repression ist nicht nur die extreme Rechte Israels, sondern auch internationale Konzerne. Das Management der US-amerikanischen Kaffee-Kette Starbucks unterstützt zum Beispiel die Siedlungspolitik Israels und die Mauer, die rund um die besetzten Gebiete errichtet wird.

Daher organisierten wir Aktionen vor Starbucks Coffee am Hackeschem Markt und an der Friedrichstraße. Um den Starbucks-Leuten zu zeigen, wie es ist, hinter einer Mauer leben zu müssen, haben wir eine Anti-Starbucks-Mauer vor den Läden aufgebaut. Sie war nicht so groß wie die von Israel (Israel: 8 Meter Beton; REVO: 1,5 Meter Karton), aber sie hat die PassantInnen trotzdem darauf aufmerksam gemacht, was in Palästina vorgeht und welche Interessen dahinter stecken.

Wir werden solche Solidaritätsaktionen in den nächsten Monaten fortsetzen. Wer uns unterstützen und mitmachen will: **info@onesolutionrevolution.de**

www.onesolutionrevolution.de

Palästina, Irak, Afghanistan:
Besatzer raus!

VON LEO

George Bush und Gerhard Schröder sind wieder Freunde. Anlässlich der UN-Vollversammlung haben sie gemeinsam ein "offenes und vertrauensvolles" Gespräch geführt.

Differenzen gibt es zwar noch zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Regierung, aber „gemeinsam können wir noch viel bewegen" (Originalton George Bush).

Das sieht auch Gerhard Schröder so. Er will eine „kooperative Friedenspolitik".

Im Klartext: Die USA halten weiter den Irak besetzt. „Selbstbestimmung" und „Demokratie" müssen dort noch warten. Die Kontrolle über die Verkehrssysteme (Häfen, Eisenbahn) und die Sicherheitskräfte wollen die USA in jedem Fall bis zum Februar 2004 behalten. Dann gibt es – vielleicht – eine zuverlässige Verwaltung.

Der deutsche Imperialismus

Deutschland stationiert gleichzeitig mehr Truppen in Afghanistan. Das „Engagement" – wie die Besetzung eines Landes neuerdings heißt – soll verstärkt werden. So hat jeder „sein" Land und bastelt an „seiner" Einflusssphäre. Nur die AfghanInnen und IrakerInnen haben nichts. Ebenso die PalästinenserInnen.

Auch in Palästina wollen sich Bush und Schröder gemeinsam weiter engagieren – für eine „Friedenslösung". Dabei unterstützen sie weiter die israelische Regierung, welche die Ausweisung Arafats durchsetzen will. Die USA haben eine Resolution des UN-Sicherheitsrates gegen diese Aktion blockiert. Deutschland hat sich gemeinsam mit Britannien und Bulgarien enthalten – alle anderen haben wenigsten gegen die drohende Deportation des Palästinenserpräsidenten gestimmt.

In allen drei Ländern gilt: Wer sich gegen die Besatzung wehrt ist ein „Terrorist". Wer besetzt – ein „Friedensbringer" und „Befreier".

Was sagen die Medien?

Die realen Verhältnisse werden in der Darstellung der westlichen Regierungen und der Presse auf den Kopf gestellt. Dabei werden auch die Gründe immer zurechtgebogen. Die Bevölkerung der besetzten Ländern sei für die Selbstbestimmung noch nicht reif, die Besatzer müssten im Land bleiben, um die Menschen daran zu hindern, sich gegenseitig umzubringen.

Den PalästinenserInnen könne das Recht auf Rückkehr nicht gewährt werden, weil sie – einmal in der Mehrheit – womöglich die Verhältnisse grundlegend ändern könnten. Statt dessen wird ihnen mehr und mehr Land geraubt, lebt ein Großteil der Bevölkerung an der Armutsgrenze. Die Selbstmordattentate dienen dem israelischen Staat und der Regierung, um eine Bunkerstimmung in der eigenen Bevölkerung zu stützen und als Vorwand für die Terrorisierung der PalästinenserInnen.

Zweifellos sind die USA, genauer die großen Konzerne des Landes, Hauptprofiteure dieser Politik. Mit ihrer Politik des permanenten „Krieges gegen den Terror" wollen sie die Welt, den globalen Kapitalismus gemäß ihren Vorstellungen ordnen und ihre Vorherrschaft absichern.

Der deutsche Imperialismus versucht in diesem Rahmen ebenfalls, seine Interessen zu behaupten. Manchmal als „Friedensmacht" – siehe die verlogene Ablehnung des Irak-Krieges. Ein anderes Mal als Besatzer. Die Interessen der Großkonzern wie Daimler, Siemens und der Banken will auch der deutsche Staat mit seinen Verbündeten in der EU verteidigen.

In Wirklichkeit geht es also nicht um Frieden, Freiheit, Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um knallharte Profitinteressen, Rohstoffe, das Abstecken von geostrategischen Einflußsphären.

Widerstand!

Daher unterstützen wir den Widerstand gegen die Besatzung – sei es in Afghanistan, im Irak oder in Palästina – oder in Ländern wie dem Kongo. Wir fordern den sofortigen Abzug der deutschen, US-amerikanischen, israelischen Besatzer – egal ob unter NATO- oder UN-Mandat! Wir lehnen die pro-imperialistischen Marionettenregierungen im Irak und Afghanistan ebenso wie die Regierung Scharons ab.

Aber wir wissen auch, dass es in diesen Ländern wenige fortschrittliche oder gar revolutionäre/kommunistische Kräfte gibt, die diesen Namen verdienten. Oft wird der Widerstand von bürgerlich-nationalistischen oder islamistischen Kräften geführt, die selbst nur die eigenen Massen ausbeuten wollen und dafür auch gern bereit sind, eine Statthalterfunktion für den Imperialismus auszuüben.

Aber der Einfluss solcher Kräfte kann nur geschwächt und bekämpft werden, wenn wir hier in Deutschland gegen die Besatzungspolitik „unserer" Regierung, der USA und der israelischen Regierung, der EU und der UN kämpfen.

Internationale AktivistInnen protestieren gegen die Mauer in Palästina

Demo für den
3. Jahrestag der Intifada
Samstag, 27. September, 14 Uhr
Unter den Linden / Wilhelmstr.

Eine Aktivistin von REVOLUTION North London ist z.Zt. in den besetzten Gebieten in Palästina mit dem International Solidarity Movement. Für ihre Berichte siehe die Web Board auf: **www.worldrevolution.org.uk**

Ein Sommer für die Revolution

von Wladek

Alle rennen gegen eine „Polizei“kette

Vom 6. bis zum 10. August versammelten sich in der Nähe von Prag etwa 100 AktivistInnen von WORLD REVOLUTION. Das war das REVOCAMP 2003, wo Jugendliche aus ganz Europa zusammenkamen, um die Weltrevolution vorzubereiten – und dabei auch Spaß zu haben.

REVO-Gruppen aus England, Schweden, Deutschland, Österreich, Tschechien, und der Slowakei waren gekommen sowie einzelne UnterstützerInnen aus Spanien, Italien und Frankreich.

Programm

Es gab zahlreiche Referate über revolutionäre Theorie (Was ist Marxismus?, Arbeiterklasse heute), Geschichte (russische Revolution, spanischer Bürgerkrieg, Che Guevara) und die Aufgaben von RevolutionärInnen heute (Faschismus in Europa, palästinensische Intifada, Aufbau einer neuen Internationale). Es gab auch praktische Workshops zur Taktik auf Demos (wie man GenossInnen in Polizeihaft „ent“haften oder wie man in Keilformation eine Polizeikette durchbrechen kann) und Selbstverteidigung gegen Nazis.

Am besten war ein Rollenspiel über die russische Revolution, wo kleine Gruppen regionale Verbände der bolschewistischen Partei „spielen“ konnten. Da gab es lange Debatten zwischen der ultralinken Angriffsfraktion aus Stockholm, der reformistischen „Peace and Justice“-Plattform aus London, und der eher gemässigten „Lucky Punch“-Gruppe aus Berlin, über den Kornilow-Putsch, die konstituierende Versammlung und den Sowjetkongress.

Am Ende haben wir den Aufstand zwei Wochen früher angefangen als die Bolschewiki damals, aber die Revolution war trotzdem ein Erfolg.

Die rote Fahne

Der härteste Workshop auf dem Camp war wohl „Fahnen basteln“. Da konnten die TeilnehmerInnen aus erster Hand Erfahrungen über Arbeitsbedingungen in Sweatshops sammeln – sie waren stundenlang mit Siebdruck beschäftigt und haben dafür keinen Cent Lohn bekommen! Aber es war in dem Fall ja alles für die Sache und nicht für Profit.

Die REVOLUTION-Fahnen sind europaweit bekannt. Die Idee ist ganz einfach: eine große rote Fahne mit dem Wort ‚REVOLUTION‘. Man fragt sich, warum niemand anders sie hat?!?

Diese Fahnen sorgen für große Aufregung auf fast jeder Demo. Jugendliche wollen sie haben – Gewerkschaftsfunktionäre dagegen wollen sie lieber weg haben. Aus beiden Gründen werden sie ständig geklaut. Bei fast jedem öffentlichem Auftritt verlieren wir einige – wir haben sogar welche auf einer internationalen Demo in Prag gefunden, die auf einer internationalen Demo in Florenz geklaut wurden!

Auf dem REVOCAMP haben wir über hundert solcher Fahnen produziert. Das war ein schöner Anblick: ein ganzer Raum voll roter Fahnen! Mit denen wird unser Kontigent auf dem Europäischen Sozialforum in Paris sicherlich oberaffengeil aussehen!

The Revolutionary Party

Nach so vielen Diskussionen und Aktionen musste einfach auch gefeiert werden. Ein halber Liter Bier kostete nur 50 Cent und jeden Abend hat DJ Don aus Newcastle/England Platten aufgelegt. Am letzten Abend kamen zwei tschechische MCs und haben gemeinsam mit Don eine HipHop-Freestyle-Party veranstaltet.

Freitagabend kamen zwei Prager Punk-Bands, Freunde der tschechischen REVO-Gruppe, für ein Konzert und das ganze REVOCAMP füllte sich mit Punks. Anfangs waren sie etwas skeptisch gegenüber den „autoritären“ KommunistInnen, aber bald hatten alle als Eintrittsstempel Hammer und Sichel auf dem Arm und innerhalb kürzester Zeit haben „Kommis“ und „Anarchos“ gemeinsam getanzt, gesoffen und – diskutiert.

Free Mario!

Dann signierten alle eine REVO-Fahne. Sie wurde an unseren Genossen Mario Bango von REVOLUTION Slowakei geschickt. Mario sitzt seit zwei Jahren im Knast in Bratislawa, weil er sich, seine Mutter und seinen Bruder gegen einen faschistischen Angriff verteidigte. Der Faschist ist zwei Wochen später wegen eines Kunstfehlers der Ärzte im Krankenhaus gestorben. Trotzdem ist Mario von der rassistischen Justiz schwerer Körperverletzung mit Todesfolge beschuldigt worden.

Mario, der als Roma seit seiner Jugend unter rassistischen Attacken leiden und sich gegen Faschisten wehren musste, hat die erste REVO-Gruppe in der Slowakei gegründet, nachdem er mit der Kommunistischen Partei wegen ihres Reformismus gebrochen hatte. Es hat bereits mehrere internationale Kampagnen für seine Freilassung gegeben; Diese Kampagne sowie Aktionen gegen Faschismus werden im nächsten Jahr ein Schwerpunkt für alle REVO-Gruppen sein.

Das Manifest

Dieses REVOCAMP war ein wichtiger Schritt, um WORLD REVOLUTION als einheitliche internationale Organisation aufzubauen. Nach sechsstündiger (!) intensiver und anstrengender Debatte wurde ein internationales Manifest beschlossen, das die Politik von der Organisation zu Fragen wie Gewerkschaften, Rassismus, Frauenunterdrückung, Faschismus, Drogen, und die Medien festlegt.

Es wurde ebenfalls beschlossen, ein virtuelles (d.h. per E-mail tagendes) internationales Koordinationskomitee aufzubauen, damit REVOLUTION in Zukunft über alle Grenzen hinweg funktionieren kann.

Falls Du das Camp verpasst hast: keine Angst, das vierte REVOCAMP wird schon vorbereitet. Ob es in der britischen Hauptstadt, an der schwedischen Küste oder nochmals bei Prag stattfinden wird, steht noch nicht fest. Sicher ist nur, dass es noch größer, noch politischer und noch lustiger sein wird.

Was machen die Revo-Gruppen nach dem Camp?

Kamini aus London/England:
Wir werden unsere Kampagne gegen die Lügen fortsetzten, die in den Medien und seitens der Regierung über AsylbewerberInnen verbreitet werden. Wir planen eine Demo gegen eine rassistische Zeitung.

Mats aus Stockholm/Schweden:
Unsere Priorität ist Anti-Faschismus. Die Faschisten in Stockholm haben zur Zeit Zulauf, aber immer mehr Leute wollen etwas dagegen tun. Im Herbst wird es viele Demos gegen die Nazis geben.

Francisca aus Berlin/Deutschland:
Wir werden eine neue Zeitung machen, neue Flyer und sie an junge Leute verteilen, um sie für revolutionäre Politik zu gewinnen. Wir werden auch Solidaritätsaktionen für Palästina durchführen.

Lisi aus Wien/Österreich:
Wir werden uns am internationalen Aktionstag gegen die Besatzung im Irak und Palästina beteiligen und dafür in den Schulen mobilisieren.

Lubos aus Jièim/Tschechien:
Wir nehmen viel Energie vom Camp mit, die wir in unsere Herbst-Kampagne stecken wollen – Solidarität mit den streikenden Lehrern. Das wollen wir mit der Forderung nach freiem Zugang zur Bildung für alle kombinieren.

Martin aus Prievidza/Slowakei:
Unsere wichtigste Mobilisierung wird die anti-faschistische Demonstration im Herbst sein, die am Gedenktag des Aufstandes gegen die Nazi-Okkupation 1944 stattfinden wird.

Das Manifest vom REVOCAMP 2003. Erscheint demnächst auf Deutsch, Englisch, Schwedish, Tschechisch, Französisch, Spanisch & Türkish.

Agenda 1810

von Huey

Überall sieht man die Plakate: „Wieder Arbeit! Mehr Jobs! Später eine Rente! Bildung fördern!“ Und jedes schließt mit der inspirierenden Losung: „Deutschland bewegt sich. Agenda 2010.“

Was soll das? Seit wann geht die Bundesregierung (wie REVOLUTION auch) abends plakatieren?

Es geht darum, dass der Kapitalismus sehr krank ist. Weit über 5 Millionen Menschen in der BRD finden keine Arbeit.

Es gibt nicht mal halb soviel Lehrstellen wie Lehrlinge. Krankenhäuser, Schulen, Kitas und Unis sind unterfinanziert. Doch am schlimmsten ist, dass die deutschen Konzerne mit ihren Rivalen in den USA nicht effektiv konkurrieren können.

Zum Glück gibt es den Genossen Gerd! Dieser Arzt am Krankenbett des Kapitalismus hat eine Lösung! Hurra!

Der Plan ist ganz einfach: Wenn kein Geld für einen Kitaplatz da ist, weil die Steuern für Großkonzerne gesenkt wurden und kein Geld mehr in die Staatskassen fließt, sollen die Eltern selber für die Kita zahlen.

Das Gute an diesem Plan ist, dass er auf alle möglichen Bereichen übertragbar ist. Wenn kein Geld mehr für Bafög da ist, können die StudentInnen arbeiten gehen. Wenn es kein Geld mehr für Lehrstellen gibt, können die Lehrlinge Drogen verkaufen, um ihre Ausbildung zu finanzieren. Wenn Schulbücher nicht mehr vom Staat bezahlt werden können, dann können die Kiddis zu Taschendieben werden – damit bekommen sie gleich Bücher und eine Berufsausbildung!

Doch damit hört der Plan nicht auf. Heutzutage arbeitet man in Deutschland 35 oder 40 Stunden die Woche (wenn man die 1,6 Milliarden Überstunden pro Jahr nicht zählt.) Stellen wir uns mal vor, dass dieselben Leute 50 oder 60 Stunden die Woche arbeiten würden – dann könnten die Konzerne ohne Ende verdienen! Und wie wir alle in der Schule gelernt haben, wenn es den Konzernen gut geht, dann geht es uns allen gut!

Dieses ganze Bündel von Reformen nennt man Agenda 2010. Wie auf den Plakaten steht: Deutschland bewegt sich. Was aber nicht da steht: Deutschland bewegt sich rückwärts.

Der Sozialstaat, d.h. Arbeitslosenhilfe, kostenlose Bildung, Krankenversicherung usw., entstand am Ende des 19. Jahrhunderts, weil die Arbeiterbewgegung solche Reformen mit Streiks und parlamentarischer Aktivität erkämpft hat.

Wenn der Sozialstaat gekürzt, abgeschafft, zu Tode reformiert wird, dann ist es, als würden wir vorwärts in die Vergangenheit gehen. Der Genosse Gerd bringt uns zu den guten alten Zeiten um 1810!

Ohne behaupten zu wollen, dass ich ein toller Ökonom bin, scheint mir etwas nicht zu stimmen. Mit der Steuerreform der SPD vor einem Jahr haben große Konzerne wie DaimlerChrysler Milliarden gespart.

Doch trotz dieser Reform, trotz der superextrabilligen Produktionsmöglichkeiten am „Standort Deutschland“, ist die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht gesunken. Also es ist schwer zu glauben, dass weitere Reformen, weitere Geschenke an die Konzerne, weitere Umverteilung von unten nach oben die Lage verbessern werden.

Ich habe doch einen richtig cleveren Vorschlag. (Ich frag mich, ob der Genosse Gerd diese Zeitung liest!). Die Leute, die 40 Stunden die Woche arbeiten, sollten nur 30 oder am besten 20 Stunden machen. Dann könnten die 5 Millionen, die heutzutage nicht arbeiten, die Extrastunden übernehmen.

Als Nächstes könnten wir nutzlose Industrien wie Waffenproduktion und Börsenhandel abschaffen, und die Arbeitswoche auf 10 Stunden senken! Am Ende werden wir alle nur 6 Minuten am Tag arbeiten müssen, und der Rest des Tages einfach darüber lachen, dass irgendwann mal Leute für die Dresdner Bank Überstunden gearbeitet haben.

Ich frage mich, ob es schon irgendwo irgendwann Leute gab, die für solche Ideen gekämpft haben. Doch hier ist es: eine Organisation, die “Sozialdemokratische Partei Deutschlands”, sagte in ihrem Programm von 1869, sie strebe die “politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse” und die “Abschaffung aller Klassenherrschaft” an. Ich frage mich, was aus dieser S.P.D. geworden ist...

Ganz einfach: Sie ist vom Kampf gegen den Kapitalismus abgelenkt worden und versuchte stattdessen, den Kapitalismus zu verschönen. Dass das nicht möglich ist, kann immer wieder in den letzten 100 Jahren gesehen werden.

Kapital muss immer wachsen, und zwar auf Kosten von anderen. Das bedeutet Kriege gegen die armen Länder und Angriffe gegen die Armen im eigenen Land.

Es ist kein Zufall, dass die Regierungen überall auf der Welt, seien sie sozial-demokratisch oder rechtspopulistisch, alle Krieg und Sozialabbau betreiben. Das ist ganz einfach, was der Markt braucht; und Versuche, das durch die „Zivilgesellschaft“ oder „soziale Reformen“ zu ändern, sind reine Utopie.

Wie der russische Revolutionär und Gründer der Vierten Internationale Leo Trotzi am Anfang der 30er Jahre schrieb, als es der deutschen Wirtschaft noch viel schlimmer ging als heute: „Was gerettet werden muss, ist nicht der deutsche Kapitalismus, sondern Deutschland – vor seinem Kapitalismus.“

30 Jahre nach dem Militärputsch in Chile...

Ende einer Hoffnung

Die chilenischen Massen begrüssen Allendes Sieg

VON PETER

Am 4. September 1970 war es geschafft: die Unidad Popular (Volkseinheit) hatte die Wahlen in Chile gewonnen und Salvador Allende wurde Präsident.

Mit diesem Erfolg verbanden Millionen ChilenInnen die Hoffnung, dass nun endlich alles besser würde. Viele wollten ein sozialistisches Chile ohne Kapitalisten; sie wollten endlich genug zu Essen haben, anständig wohnen und ihren Kindern eine gute Bildung ermöglichen.

Schon seit Ende der 1960er Jahre war Chile in Unruhe. Bauern, die kein oder zu wenig Land hatten, besetzten große Güter. Es gab Demonstrationen gegen den Hunger. Die Zahl der Streiks nahm zu. Jeder sah: die bürgerlichen Parteien hatten keine Antwort auf die soziale Krise in Chile. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten richteten ihre Hoffnungen in „ihre" existierenden Parteien: vor allem in die Sozialistische Partei (SP), der auch Allende angehörte, und die Kommunistische Partei (KP).

Die Volksfront

Doch die Hoffnung war trügerisch. Zwar sprachen die PolitikerInnen der Unidad Popular (UP) viel vom Sozialismus, doch ihr Programm war weder sozialistisch noch revolutionär. Warum? Sozialistisch bedeutet, alle Kapitalisten zu enteignen und eine demokratische Planwirtschaft zu errichten, die nicht mehr dem Profit weniger Kapitalisten dient, sondern den Interessen der ganzen Gesellschaft.

Um das durchzusetzen, muss die politische Macht der Kapitalisten gebrochen, d.h. der bürgerliche Staat (Armee, Justiz, Bürokratie usw.) beseitigt werden. An seine Stelle müssen Räte und Milizen treten, in denen die Massen (v.a. die Arbeiterklasse) organisiert sind.

Das Programm der Unidad Popular forderte jedoch nur die Enteignung einiger Kapitalisten und des Auslandskapitals. Dazu zählte v.a. das US-amerikanische, welches die Hälfte von Chiles Hauptwirtschaftszweig, der Kupferindustrie, besaß. Weder Arbeiterräte noch –milizen sollten geschaffen werden. Statt dessen hofften die Volksfrontführer auf die Verfassungstreue der alten Armee. Ein fataler Irrtum, wie sich bald herausstellte.

Vom Erfolg zur Krise

Allende war zu Beginn ein ehrlicher Reformer. Anders als heute Typen wie SPD-Schröder brachten seine Reformen Verbesserungen und – er versuchte seine Wahlversprechen umzusetzen. Eine Bodenreform und eine Bildungsreform wurden durchgeführt. Die Lebensbedingungen verbesserten sich schnell. So erhielten Chiles Kinder täglich einen halben Liter Milch kostenlos – in einem Land mit hoher Kindersterblichkeit eine lebenswichtige Sache! Das US-Kapital wurde enteignet, große Banken und einige Unternehmen wurden verstaatlicht.

Doch die Chilenischen Kapitalisten und die USA sahen nicht einfach tatenlos zu. Auf Druck der USA fielen die Weltmarktpreise für Kupfer, Kredite wurden gesperrt und Investitionen in Chile blieben aus. Das führte dazu, dass die Staatskasse Chiles bald leer war. Im Lande herrschte eine Wirtschaftskrise, aufgrund der Inflation verfiel die Kaufkraft. Die Reformen konnten nicht mehr bezahlt werden. Trotz der Verstaatlichungen blieb Chiles Wirtschaft insgesamt weiterhin eine kapitalistische und funktionierte nach deren Gesetzen.

Diese Situation führte dazu, dass die Massen, die vorher die UP begeistert unterstützt hatten, bald feststellten, dass es so nicht mehr weiter gehen konnte. Während die Allende-Regierung den Bürgerlichen und der Armee immer größere Zugeständnisse machten, um sich deren Verfassungstreue zu sichern, wendete sie sich zugleich immer energischer gegen alle Versuche der Massen, die begonnenen Revolution in Chile weiter zu treiben. Die ArbeiterInnen besetzten – gegen den Willen der Regierung – ihre Betriebe und bildeten betriebliche Komitees und Selbstverteidigungsstrukturen. Die armen Bauern besetzten spontan große Landgüter.

Diese Formen von Selbstorganisation waren Vorstufen von Räten und Milizen, sie hätten zur Basis des ganzen Staates ausgebaut werden müssen. Doch die UP wollte das nicht – um ihre bürgerlichen Bündnispartner in der UP, um die Kapitalisten und die Armee nicht zu verschrecken.

Angesichts dieser Schwäche und Zögerlichkeit der Allende-Regierung ging das Bürgertum in die Offensive. Die Transportunternehmer streikten und verursachten eine landesweite Versorgungskrise. Die Armeeführung bereitete gemeinsam mit dem CIA einen Putsch vor. Die faschistische Organisation Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit) terrorisierte die ArbeiterInnen und die Bauern.

Der Putsch

Am 11. September 1973 wurde die Moneda, der Präsidentenpalast, bombardiert. General Pinochet putschte gegen die Regierung und überzog ganz Chile mit Mord und Terror. Tausende ArbeiterInnen kämpften noch tagelang mit der Waffe gegen die Putschisten, aber sie unterlagen. Ihnen fehlte vor allem eine starke und entschlossene Führung, eine Partei, wie sie die russischen ArbeiterInnen in ihrer Revolution 1917 hatten. Zu lange hatten sie an ihren Hoffnungen in die Volksfront gehangen, statt selbst die ganze Macht zu übernehmen und alle Kapitalisten, Generäle und übrigen Reaktionäre hinweg zu fegen.

Für viele Jahre sorgte Pinochet für Friedhofsruhe in Chile. Tausende ArbeiterInnen, Bauern, AktivistInnen, Linke und GewerkschafterInnen wurden ermordet, verhaftet und gefoltert oder mussten ins Exil gehen. Es gab fast keine demokratischen Rechte mehr. Gewerkschaften und Streiks waren verboten. Auf die halbe Revolution der Unidad Popular folgte eine ganze Konterrevolution.

Doch auch Niederlagen sind Lehrstunden der Geschichte. Die Volksfrontpolitik, die von den stalinistischen Parteien seit den 1930er Jahren sehr oft angewendet wurde, führte ohne Ausnahme zu Niederlagen. Nach der chilenischen Erfahrung wissen wir besser denn je: Revolution ist ganz oder gar nicht

Disarm DSEi!

VON FRANCI

DSEi ist die Abkürzung für Defence Systems Equipment international. Diese von der britischen Regierung gesponserte Messe fand vom 9. bis 12. September in London statt. Es konnten Waffen aller Art konsumiert werden. Zum Beispiel gab es: Bomben, Panzer, Kriegsschiffe, Flugzeuge, Landminen, Nervengas und noch vieles mehr.

Der Waffenhandel, bei dem die DSEi eine wichtige Rolle spielt, ist ein internationales Geschäft, betrieben von multinationalen Konzernen, die Produkte herstellen, die für Gewinn töten und verstümmeln.

DSEi und die 3. Welt

Viele Konzerne, die eine führende Rolle im ungerechten Weltwirtschaftssystem einnehmen, rufen Armut in aller Welt hervor!

Die vorherige „Waffenwoche“ war um den 11.9.01, wo ja in New York und Washington Anschläge verübt worden waren. An diesem Tag verdienten die Waffenkonzerne wohl mehr als sonst, denn die DSEi-Messe war ja schließlich geöffnet! Demzufolge kauften die reichen westlichen Regierungen, wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Italien, fleißig ein, um sich „vor den Terroristen zu schützen.“

Gleichzeitung hungern die Menschen in der 3. Welt. Das einzige was sie sich leisten können ist Brot und Wasser. Und bei einem Stundenlohn von ein paar Dollern pro Woche sieht auch das ziemlich schlecht aus.

Was können wir tun?

Vom 6.-12.9.03 waren wieder viele AktivistInnen von REVO unterwegs, um den Waffenkonsum aufzuhalten. Mit Dutzenden Sitzblockaden auf einer Autobahn in London protestierten sie gegen diesen menschenverstümmelnden Handel.

Immer wieder hat die Polizei versucht die KriegsgegnerInnen zurückzutreiben, doch oft wussten die RevolutionärInnen, was zu tun war: Demotaktiken (Ketten bilden, DemoleiterInnen ernennen usw. – wie wir auf dem REVOCAMP gelernt haben!) anzuwenden war das Beste, um sich vor den Gelb- und Schwarzbekleideten zu schützen.

Mit diesen Wehrversuchen zeigten sie, dass man sich mit einem einfachen Konzept wehren kann.

Vor allem die reichen Firmen und Minister sollten sehen, das nicht alle dieses Konzept der Waffenindustrie unterstützen. Die RevolutionärInnen machten zum Beispiel viele Leute Londons auf den blutroten Brunnen am Trafelger Square aufmerksam, der nur eine Folge sein könnte, wenn man den Verkauf dieser Dinge nicht aufhält.

REVO-AktivistInnen blockieren eine Autobahn, die zum DSEi fährt

CHE & DIE REVOLUTION

VON JÜRGEN & ALBERTO

Ernesto Che Guevara wurde 1928 im argentinischen Rosario geboren. Er hat als junger Mensch zwar marxistische Klassiker gelesen, war aber ansonsten kaum politisch aktiv.

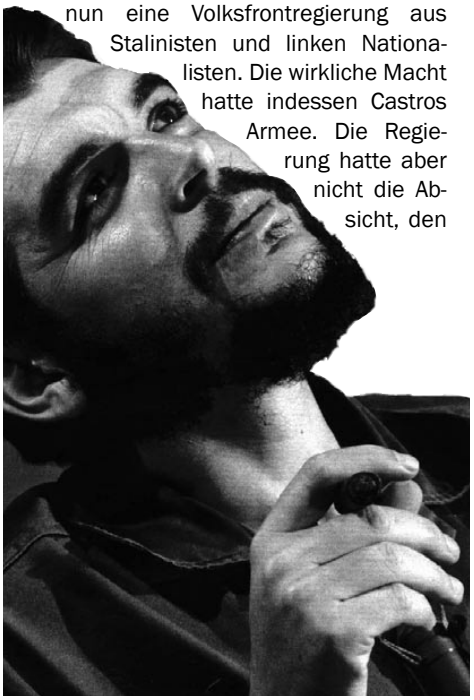
Nach seinem Medizinstudium, ging Che 1953 nach Guatemala. Dort hatte Präsident Arbenz das Eigentum der amerikanischen United Fruit Company verstaatlicht. Che verachtete die bürgerlich-nationalistischen Parteien wegen deren Ablehnung der gewaltsamen Revolution. Ernesto forderte Arbenz auf, das Volk zu bewaffnen, um dem drohenden Verrat der Streitkräfte zuvor zu kommen.

Im Juli 1954 hatten die US-Söldnertruppen gewonnen und Arbenz dankte ab. Ohne sich einer Organisation angeschlossen zu haben, hatte Che sich erstmals für eine politische Sache engagiert und fühlte sich als revolutionärer Kommunist.

In Mexiko traf er die Brüder Castro. Sie waren gerade aus der Haft wegen der Erstürmung der Moncada-Kaserne am 26. Juli 1953 auf Kuba entlassen worden. Sie boten ihm einen Platz in ihrer Guerillabewegung „26. Juli“ an und gaben ihm den Spitznamen Che, ein argentinisches Wort für Kamerad.

Castros Bewegung einte der Wunsch nach bewaffnetem Kampf, um die USA-hörige Diktatur Batistas in Kuba zu stürzen, doch sie war keine sozialistische Bewegung. Obwohl anfänglich einziger „Marxist“, errang Guevara durch Mut und Kompromisslosigkeit schnell Ansehen. Dass die Bewegung des 26. Juni sich zunehmend sozialistischen Ideen annäherte, ist in hohem Maße Che zu verdanken.

Der militärische Sieg der Rebellen und der Generalstreik in Havanna führten am 2. Januar 1960 zum Zusammenbruch der Staatsmacht. 12 Monate lang herrschte nun eine Volksfrontregierung aus Stalinisten und linken Nationalisten. Die wirkliche Macht hatte indessen Castros Armee. Die Regierung hatte aber nicht die Absicht, den Kapitalismus abzuschaffen.



Guevara forderte eine radikalere Landreform, als sie die Regierung vorsah. Er plädierte für schnelle Industrialisierung und die Verstaatlichung der Wirtschaft. Außerdem trat er für die Verkürzung des Arbeitstages ein.

Über die Frage der gesellschaftlichen Neugestaltung Kubas kam es zu heftigen Konflikten in der Regierung. Bis Mitte 1960 verteidigte das Regime, dessen Führung inzwischen fast nur noch aus Anhängern Castros bestand, immer noch die kapitalistische Produktionsweise.

Die USA widersetzten sich dem aufkommenden Handel Kubas mit der UdSSR und weigerten sich, importiertes Rohöl aus Kuba zu verarbeiten. Ab dem 29. Juni enteignete die Castro-Regierung das kubanische und amerikanische Privateigentum, so dass sich Ende 1960 80% der gesamten Industrie in Staatshand befanden. Doch die Arbeiterklasse spielte bei der Abschaffung des Kapitalismus nur eine Statistenrolle, indem sie auf Demonstrationsaufrufe der Regierung zugunsten der Verstaatlichungen reagierte.

Das Vorbild für die Kubanische Revolution war nicht der russische Oktober 1917, es waren die stalinistischen bürokratischen Umstürze nach 1945 in Osteuropa. Die kubanische Führung reagierte auf den US-imperialistischen Druck, um ihr eigenes Überleben zu sichern und bildete ab Sommer 1960 eine „bürokratisch-antikapitalistische Arbeiterregierung“.

Die UdSSR gab den wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Rahmen für den neuen – aber von Anfang an degenerierten – Arbeiterstaat Kuba.

1961 war Guevara hauptsächlich mit der Konsolidierung des Staats- und Parteiapparates befasst; dazu gehörten auch die Unterdrückung der Kritik von links (z.B. der „TrotzkistInnen“) und die Fusion der stalinistischen PSP mit Castros Bewegung zu einer neuen Partei (ORI) im Juli.

Nach der vom CIA inszenierten und gescheiterten Invasion in der Schweinebucht machte v.a. Guevara Druck auf die UdSSR, Atomraketen auf Kuba zu stationieren. Unter Che Guevara als Chef der Nationalbank und der Agentur für Industrieaufbau wurde 1962 ein einheitlicher Wirtschaftsplan eingeführt – allerdings beruhte dieser auf den Entscheidungen der Bürokratie und nicht auf der Demokratie von Produzenten und Konsumenten.

Castro verweigerte sich allen Formen demokratischer Wahlen. Auch Che stimmte dem zu. Auch er lehnte Arbeiterselbstverwaltung und die Rechenschaftspflicht des Staates gegenüber Arbeiter- und Bauernräten ab. Er verließ sich aber nicht nur auf Partei und Geheimpolizei, sondern schuf Nachbarschaftstribunale und Komitees für die Verteidigung der Revolution. Diese waren aber nicht Macht- und Kontrollorgane der Massen, sondern nur Kommunikationskanäle von oben nach unten sowie Sicherheitsventile für aufkommenden Unmut. Wenngleich diese Komitees Kuba im Vergleich zu anderen stalinistischen Staaten ein volkstümlicheres, „demokratischeres“ Aussehen gaben, war Kuba von wirklicher lebendiger Massendemokratie weit entfernt. Auch Guevara kam nie über eine bevormundende, elitäre Rolle hinaus („Das Ohr für die Massen öffnen!“).

Schon 1961 rückte Guevara von der UdSSR ab. Ursachen dafür waren der chinesisch-sowjetische Konflikt im Oktober 1961, die Versorgungsmängel und schlechte Qualität der sowjetischen Importgüter für die Industrie, die materiellen Privilegien der Moskauer Bürokratie und der „Saustall“, in dem „ihre“ Arbeiterschaft leben musste.

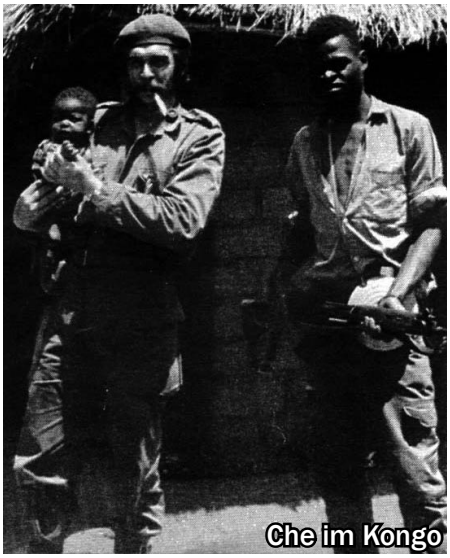
Nach der Kapitulation Chruschtschows während der Raketenkrise im Oktober 1962 vor Kennedy riss Che endgültig der Geduldsfaden. Auch die Meinungsverschiedenheiten mit Castro nahmen zu, nachdem dieser 1963 einseitig für Moskau im Konflikt gegen Peking Stellung bezogen hatte und die Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit den USA rechtfertigte. Das lehnte Che ebenso ab wie die Strategie der friedlichen parlamentarischen Machteroberung, welche die westlichen KPen vertraten.

Castro unterstützte Guevaras „Guerillaabenteuer“ nur taktisch, als Verhandlungsunterpfand mit den USA. Che dagegen verfolgte die Strategie eines verallgemeinerten antiimperialistischen Bürgerkriegs gegen die US-hörigen Marionettenregierungen.

Die UdSSR und Castro zeigten sich darüber höchst besorgt. Sie wollten nicht die sozialistische Revolution verbreiten; sie waren nur an der Konsolidierung ihrer Positionen interessiert. So bot Castro an, die Hilfe an andere revolutionäre und Befreiungsbewegungen einzustellen und „innerhalb internationaler Rechtsnormen“ zu operieren, wenn die Feindseligkeiten gegen Kuba eingestellt würden.

1964 erkannte der im kubanischen Apparat inzwischen schon in die Minderheit geratene Guevara, dass auch die beschleunigte Industrialisierung ad acta gelegt war. Kubas Entwicklung sollte weiter auf der Abhängigkeit vom Zuckerrohranbau und Importen aus der UdSSR beruhen. Daraufhin trat er aus der Regierung aus.

Ende April 1964 traf er im Kongo ein, um sich der von China unterstützten Kongolesischen Befreiungsarmee anzuschließen. Im Oktober führte ein Regierungsputsch zu einem Abkommen mit den RebellInnen,


Che im Kongo

das den Abzug ausländischer Truppen einschloss. Guevara zögerte, bis seine Einheit vollkommen aufgerieben wurde. Che musste sich verstecken, bis er im Juli 1966 heimlich nach Kuba zurück kehren konnte.

Im November 1966 ging Che mit einigen MitkämperInnen nach Bolivien. Der Chef der bolivianischen moskautreuen KP versprach zuerst Unterstützung, brach aber dann sein Versprechen und boykottierte Ches Kampf. Schließlich musste die ausgehungerte und kranke Guerillatruppe den schützenden Regenwald verlassen. Am 8. Oktober 1967 fand ihr letztes Gefecht nahe La Higuera statt. Nur noch 17 KämpferInnen waren übrig geblieben. Die meisten wurden getötet, Guevara selbst wurde gefangen genommen. Der Feldwebel Mario Terán erschoss Guevara am 9. Oktober, 13 Uhr 10 Ortszeit.

Die auch in Bolivien praktizierte „Fokusstrategie“ Ches erhebt die kleine, bewegliche, auf dem Land operierende Guerillagruppe – den „Fokus“ – zur absoluten Kampftaktik. Alle anderen Kämpfe sind ihm untergeordnet. Massenaktivitäten sollen vom „Fokus“ initiiert werden, der aber den von ihm stimulierten Massen gegenüber nicht rechenschaftspflichtig ist.

Das Versagen dieser Strategie in Bolivien war offenkundig. Hier bildeten die Zinnbergarbeiter den fortschrittlichsten Teil der Massen. Im Gefolge der Revolution von 1952 war die Bauernschaft durch die Landreform zu einer Kleinbesitzerklasse geworden. Der „Fokus“ konnte darum keinen Kampf um Land entfachen. Gleichzeitig war es unmöglich, durch den Partisanenkampf im Urwald die gut organisierte, klassenbewußte Arbeiterbewegung zu erreichen und einzubeziehen. Dafür wäre auch ein politischer Kampf gegen die stalinistische Führung des bolivianischen Proletariats erforderlich gewesen. Für die Lösung dieser Aufgaben war die Focus-Strategie Guevaras völlig untauglich. Im Unterschied zu Kuba 1959/60 fehlten diesmal die außergewöhnlich günstigen Umstände für die Guerilla-Taktik.

Als Strategie zur Eroberung der politischen Macht war der Guerillakrieg auch in Lateinamerika letztlich nur durch die Hilfe aus den Städten und der Arbeiterbewegung erfolgreich. Die solcherart erfolgten Umstürze der kubanischen und nicaraguanischen Diktaturen blieben aber Ausnahmen. Hier spielten die unglaubliche Schwäche der Staatsapparate, mangelnde Unterstützung der USA für die herrschenden Oligarchien und die Tatsache, dass der Großteil der Nationalbourgeoisien die Sache der Guerilleros unterstützten, eine ausschlaggebende Rolle bei ihren Erfolgen. Selbst in diesen Fällen war der „Erfolg“ aber begrenzt: immerhin blieb Kuba ein degenerierter Arbeiterstaat und Nicaragua blieb kapitalistisch.

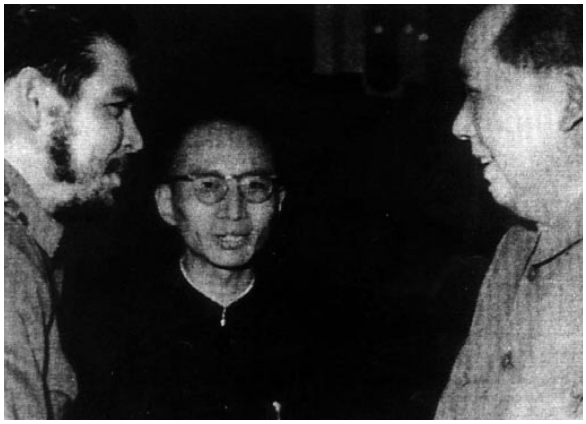
Mit der Strategie der proletarischen sozialistischen Revolution ist Guevaras Focus-Methode unverträglich, weil sie die Arbeitermassen zum Anhängsel einer kleinen Verschwörergruppe degradiert und deren eigene demokratische Organisationen, Räten und Milizen, und die revolutionäre Partei an der Spitze missachtet. Die Guerillastrategie ist elitär und führt zur Unterordnung und politischen Entmündigung der Arbeiterklasse und der Massen. Er wies die Idee zurück, dass die politische Macht in Händen der ArbeiterInnen selbst anstatt bei einer selbsternannten Vorhut liegen solle.

Trotzdem war seine Strategie nicht ganz deckungsgleich mit Programm und Ideologie des russischen Stalinismus. Fidel Castro und der Kreml tolerierten den bewaffneten Kampf nur insoweit, wie er zu einem besseren Kräftegleichgewicht innerhalb des Rahmens der friedlichen Koexistenz mit dem Weltkapitalismus beitrug. Guevara lehnte dieses Herzstück konterrevolutionärer stalinistischer Strategie dagegen ab! Sein Antiimperialismus entsprang auch nicht einem national bornierten Kampf gegen den Imperialismus, wie seine Einsätze im Kongo und in Bolivien beweisen.

Che war kein Konterrevolutionär wie Stalin oder Breschnew, welche die blutige Erdrosselung der Revolution „im Ausland“ billigten, um die eigene bürokratische Herrschaft zu schützen. Er glaubte an eine „ununterbrochene“ Revolution von der revolutionärdemokratischen, anti-imperialistischen „Etappe“ bis zu einem – nach seinen Vorstellungen jedoch bürokratisierten – Arbeiterstaat. Er verfügte über kein Konzept für Arbeiterdemokratie, sondern stellte ihr eine Mischung aus bevormundender Volkstümelei und bürokratisch überwachten Institutionen des „Volkswillens“ gegenüber.

Ches Mythos speist sich wesentlich daraus, dass er im bewaffneten Kampf gegen den Klassenfeind umgekommen ist. Er wurde populär, weil er als Minister Privilegien für sich und seine Familie ablehnte. Der Mythos Ches wurde möglich, weil Che starb, bevor er selbst vollständiger Bestandteil der herrschenden bürokratischen Kaste werden konnte. Sein Ruf überdauerte, weil er nie mit einer von der Arbeiterklasse geführten Revolution konfrontiert war. Sie hätte ihn vor die Wahl gestellt, mit seiner pro-stalinistischen Strategie zu brechen oder aber selbst zum Hindernis einer solchen Revolution zu werden.

MarxistInnen teilen seine Strategie der Machtergreifung und etliche seiner politischen Auffassungen nicht. Doch sein unerbittlicher Kampf gegen den Imperialismus, sein Mut, seine äußerste Selbstlosigkeit, seine Neugierde und sein weiter geistiger Horizont, seine Hingabe für Ideen aus echter Überzeugung und nicht aus Dogmatismus, sind Qualitäten, denen RevolutionärInnen nacheifern sollten. Ohne mit dem Stalinismus letzten Endes gebrochen zu haben, ist er doch ein subjektiver Revolutionär geblieben und kein Bürokrat geworden.


Che mit den herrschenden Bürokraten in Moskau (links) und Peking, mit denen er sich nie identifizieren konnte

Revolutionäre Lieder

Lieder, die auf der Fahrt zum REVOCAMP häufig gesungen wurden

Die späten 60er und frühen 70er Jahre waren auf der ganzen Welt von revolutionären Krisen geprägt. 1968 waren zehn Millionen französische ArbeiterInnen an einem Generalstreik beteiligt – der Präsident De Gaulle hatte so viel Angst, dass er nach Deutschland floh. 1971 haben 100.000 ArbeiterInnen und Bauern in Bolivien die Polizei und Armee aus der Hauptstadt vertrieben und eine Volksversammlung als Regierung gegründet. In Deutschland hat sich die Arbeiterklasse nicht so viel bewegt – statt dessen gab es die RAF.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) war eine kleine Gruppe von Kleinbürgern, die Bomben in Kaufhäusern legte, Banken überfiel, US-Kasernen in die Luft sprengte, und wichtige Kapitalisten und Staatsmänner entführte und hinrichtete. Die Aktionen sollten die bislang unentschlossene Arbeiterklasse inspirieren, quasi nach dem Motto: "wenn die RAF eine Bombe legen kann, dann kann ich sicherlich einen Streik beginnen!" Das Problem dieser Logik war nur, dass sie nicht funktionierte – und niemals funktioniert.

Man kann den Mut und die Entschlossenheit der RAF-Mitglieder nicht bezweifeln – schließlich haben die meisten von ihnen Jahrezehnte im Knast verbracht oder gar ihre Leben dem Kampf gegen den Imperialismus geopfert. Aber nur weil jemand für eine Sache stirbt, ist sie längst nicht politisch sinnvoll.

Dieses Lied beschreibt das Problem sehr gut in der 2. Strofe: die RAF hat es "nur" versäumt, ihre Ideen zu erklären. Das heißt, sie hat es "nur" versäumt, der Arbeiterklasse ihre historische Mission zu erklären, die ArbeiterInnen systematisch auf den Sturz der Diktatur des Kapitals und den Aufbau der revolutionäre Diktatur der ProduzentInnen vorzubereiten. Für KommunistInnen ist das ein ziemlich ernsthaftes Versäumnis!

Die sozialistische Revolution bedeutet, dass die ArbeiterInnen selber die Gesellschaft umgestalten. Es macht wenig Sinn, einzelne Vertreter der herrschenden Klasse zu töten. Denn auch wenn man 1, 10, 100 Kapitalisten tötet, werden immer Hunderttausende mehr in der Schlange warten, um ihren Platz zu übernehmen.

In der Revolution geht es vielmehr darum, die Herrschaft der gesamten Klasse der Kapitalisten zu vernichten. Und dazu muss man eine gesamte Klasse in Bewegung bringen, nämlich die Arbeiterklasse.

Das ist harte Arbeit! Das bedeutet, Fraktionen in den Gewerkschaften aufzubauen, jahrelang Propaganda unter den fortgeschrittenen ArbeiterInnen zu machen, und eine revolutionäre Partei zu schmieden, die als einzige die Revolution führen kann – eben diese "komplizierte Theorie", die der "kleine Mann" begreifen muss.

Die RAF suchte einen Umweg. Sie wollte die revolutionäre Aktion der Massen durch Sprengstoff ersetzten. Doch wie MarxistInnen schon vor 100 Jahren feststellen konnten, gibt es für die Massen keinen Ersatz.

Trotzdem ein cooles Lied.

R.A.F.

Wizo

Als wir noch kleine Scheißer war'n, da wussten wir nicht viel.
Doch wir haben schon gern R.A.F. und Polizei gespielt.
Ich wollte nie ein Bulle sein, denn Bullen sind nur Dreck.
Ich war viel lieber Terrorist und bombte alles weg.
Und hab ich in die Schulbank einen RAF-Stern reingekratzt,
ist unser fettes Rektorschwein vor Wut dann fast geplatzt.

Rote Armee Fraktion, ihr wart ein geiler Haufen!
Rote Armee Fraktion, mit euch ist was gelaufen!
Rote Armee Fraktion, ich fand euch immer spitze!
Leider war ich noch zu klein,
um bereits bei euch dabei zu sein.
Doch mein Herz schlug damals schon
für die Rote Armee Fraktion.

Die RAF hat leider nur versäumt, es zu erklären wovon sie träumt.
Die Theorie war intellektuell und kompliziert.
Der kleine Mann, für den sie kämpfte, hatte das nicht ganz kapiert.
Da konnte sie der Staat ganz leicht als Volksfeind isolieren.
Die Bonzen haben sich eingeschissen, hat man nur RAF gesagt.
Sie war der Alptraum und der hat jede Nacht gejagt.

Rote Armee Fraktion...

Die Internationale

Eugène Pottier / Pierre Degeyter

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde,
nun mit Macht zum Durchbruch dringt
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
alles zu werden strömt zuhauf!

Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte!
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!

Völker, hört die Signale...

In Stadt un Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müûiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muû unser sein;
Unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!

Völker, hört die Signale...

Die Internationale wurde 1871 von Eugène Pottier geschrieben, als die Pariser Kommune von französischen und deutschen Soldaten zerschlagen wurde und 30.000 KommunardInnen hingerichtet wurden. Die Kommune entstand nach der Niederlage Frankreichs im Krieg gegen Preußen im Jahr 1870. Nachdem der französische Staat kapitulierte, haben die ArbeiterInnen und die Soldaten der Nationalgarde in Paris ihren eigenen Staat ausgerufen.

Die Kommune war daher der erste Arbeiterstaat der Welt. Die Macht war in den Händen von VolksvertreterInnen, die direkt gewählt wurden, jederzeit abwählbar waren, und den Lohn eines einfachen Arbeiters bekamen. Die alte Armee wurde sofort aufgelöst. Kirche und Staat wurden komplett getrennt. Geschlossene Fabriken wurden als Staatseigentum wieder aufgemacht.

Die Kommune war von Anfang internationalistisch. Die Staatsbürgerschaft wurde abgeschafft, denn die blutrote Fahne der Kommune war die Fahne der kommenden sozialistischen Weltrepublik. Das ist auch in einem Arbeiterstaat zu erwarten, denn das Proletariat ist von der Natur aus eine internationale Klasse – nur die Bourgeoisie hat ein Interesse daran, die Menschen entlang irgendwelcher zufälligen Grenzen zu trennen. Daher brauchte die Kommune keine Nationalhymne, sondern eine Internationalhymne: "Die Internationale."

In den 1880er Jahren entdeckte ein französischer Fabrikarbeiter, Pierre Degeyter, den Text und komponierte eine passende Melodie. Jetzt kann die Internationale in Dutzenden Sprachen gesungen werden, von Französisch über Deutsch und Englisch bis hin zu Indonesisch, Japanisch und Baskisch.

Die Internationale ist nach 130 Jahren immer noch hochaktuell. Trotz Kriegen, Krisen und Revolutionen, trotz 100 Jahren Kampf der internationalen Arbeiterklasse, wird die Welt immer noch vom Kapital beherrscht. Das heißt, das "letzte Gefecht" steht uns noch bevor, das Gefecht gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus, nach dem Krieg, Unterdrückung, und Konkurrenz nur noch als vage Erinnerungen existieren werden.

Fortsetzung von Seite 12...

Geschichte! Das zeigt das enorme Potential der antikapitalistischen Bewegung.

Die Lage

Im letzten Jahr ist viel passiert. Das dumme Duo Bush und Blair, mit fröhlicher Unterstützung des deutschen dummen Duos Schröder und Fischer, haben trotz massiven Widerstands Krieg gegen den Irak geführt und Tausende IrakerInnen ermordet – jetzt wird das Land unbefristet besetzt. Quer durch Europa werden "Reform"projekte durchgesetzt, die die Arbeitszeit verlängern, das Rentenalter erhöhen, die Arbeitslosenhilfe kürzen, die sozialen Netze abbauen, usw. Imperialisten und ihre Diener führen Kriege in Afghanistan, Palästina, Liberia, Kongo, Aceh und in unzähligen anderen Ländern. SchülerInnen und StudentInnen müssen mit immer weniger Geld und Lernmitteln auskommen. Jugendliche finden kaum noch Lehrstellen oder Arbeitsplätze.

Kurz gesagt: Wir sind tief in der Scheiße! Und wie kommen wir da raus?

Wir müssen die Bewegung gegen die Kriegstreiber und die Ausbeuter stärken. Sie muss über den einfachen Widerstand hinaus wachsen, bis sie den permanenten Krieg und die endlose Ausbeutung bekämpfen – und besiegen – kann. Daher brauchen wir ein großes Forum, wo der Weg vorwärts über alle Landesgrenzen hinweg ausgearbeitet wird.

Reform oder Revolution?

Die Reformisten (PDS), Linksreformisten (Rifundazione) und Neoreformisten (attac) wollen, dass das Sozialforum eine langweilige Quatschbude bleibt. Sie haben Angst, dass die Bewegung "außer Kontrolle" gerät, d.h. zu einer Alternative zu ihren aussichtslosen Reformprojekten wird.

So haben sie das Weltsozialforum von Porto Alegre zu einem Elitentreffen für "progressive" Politiker wie den brasilianischen Präsidenten Lula und NGO-Bürokraten von attac gemacht. Beim letzten WSF haben Lulas Polizisten viele TeilnehmerInnen verprügelt und verhaftet, während er auf der Bühne lächelnd ankündigte, dass eine andere Welt möglich ist! Aber so was darf mit dem ESF nicht passieren!

Denn zehntausende AktivistInnen sind nicht da, um ein paar leere Reden von Sozialdemokraten zu hören, wie alle Probleme der Welt durch eine 0,000001%-Steuer (Tobin-Steuer) gelöst werden könnten – sie wollen etwas Konkretes gegen Kapitalismus tun!

Das Potential

Das heißt: wir brauchen ein demokratisches ESF, wo die Entscheidungen durch die Mehrheit der TeilnehmerInnen fallen, und nicht durch irgendein selbsternanntes "Leitungskomitee". Nur so kann das volle Potential des ESF genutzt werden. Wenn 100.000 AntikapitalistInnen zusammenkommen, können sie viel mehr als Diskussionen und Demos machen – sie könnten die Welt auf den Kopf stellen!

Gegen die europaweiten Angriffe der herrschenden Klassen auf die ArbeiterInnen, könnte das ESF einen europaweiten Generalstreik vorantreiben. Das ist nur ein Beispiel unter vielen, wie das ESF zum Zentrum des globalen Widerstands werden könnte.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass RevolutionärInnen mitmachen, um die Reformer zu bekämpfen und das ESF nach links zu drängen. Wir müssen die Chancen nutzen, um die Bewegung gegen Krieg und Sozialabbau in eine Bewegung für die Weltrevolution umzuwandeln. Genauso wie die Opposition zum Ersten Weltkrieg den ersten Kern der Dritten (Kommunistischen) Internationale schuf, können die Antikriegsbewegung und die Sozialforen der Ausgangspunkt für eine neue Weltpartei der sozialistischen Revolution - die Fünfte Internationale - sein.

Mit REVO hinfahren!

REVOLUTION war vom Anfang an in der antikapitalistischen Bewegung dabei. Seit Jahren bilden wir deren revolutionären linken Flügel. Wir waren bei fast allen wichtigen Schlachten gegen die Gipfel der Herrscher der Welt dabei: in London, Prag, Göteborg, Genua, New York, Barcelona, Sevilla, Evian, usw.

Die REVO-Crews aus England, Schweden, Österreich, Tschechien, der Slowakei, Spanien und natürlich Frankreich werden alle dabei sein. In Paris werden wir ein Seminar zu unserem neuen Manifest „Roadmap zur Revolution" organisieren und gemeinsam für unsere Ideen eintreten: **eine andere Welt ist möglich – aber nur durch die sozialistische Revolution!**

Die Fahrt von Berlin nach Paris und zurück im ESF-Bus kostet 55 Euro. Karten liegen ab Mitte Oktober im Buchladen Schwarze Risse (Gneisenaustr. 2a) auf oder können über REVOLUTION bestellt werden. Die Anmeldung beim ESF kostet weitere 3 Euro. Mehr Infos auf **www.fse-esf.org**, **www.dsf-gsf.de** und **www.onesolutionrevolution.de**.

Willst du gegen Krieg & Kapitalismus kämpfen?

- ☐ ich möchte bei einer Demo/Aktion mitmachen
- ☐ ich möchte eine kommunistische Gehirnwäsche
- ☐ nein, danke, ich werde lieber Börsenhändler

Name

Adresse

Telefon

Email

Schule/Uni/Arbeit

schick das an: **REVOLUTION**
Postfach 146, 13091 Berlin
info@onesolutionrevolution.de
030 / 62 60 77 41

WORLD REVOLUTION

gegen den globalen Kapitalismus...

...eine globale Jugendorganisation!

England
BCM Box 7750
London WC1N 3XX
info@worldrevolution.org.uk
www.worldrevolution.org.uk

Schweden
Box 20081
10460 Stockholm
info@revolution.se
www.revolution.se

Tschechien
PO Box 43
19921 Praha 99
revo_cz@centrum.cz
revo-cz.webpark.cz

Österreich
Stiftgasse 8
1070 Wien
worldrevolution@gmx.at
www.revolution-austria.at

Australien
PO Box 12066
A'Beckett St.
Melbourne 8006
contact@onesolutionrevolution.org
www.onesolutionrevolution.org

Indonesien
revo-indonesia@asia.com

Tous ensemble zum zweiten EUROPÄISCHEN SOZIALFORUM 12.-16. November in Paris/St. Denis

In der zweiten Novemberwoche wird die französische Hauptstadt besetzt – nicht von deutschen Soldaten oder amerikanischen Touristen, sondern von 100.000 AntikapitalistInnen.

Das ist das zweite Europäische Sozialforum (ESF). Das ESF ist ein jährliches Treffen von politischen AktivistInnen, GewerkschaftlerInnen, UmweltschützerInnen, SchülerInnen, StudentInnen, ImmigrantInnen, Bauern, Intellektuellen, RevolutionärInnen – von allen, die glauben: **eine andere Welt ist möglich**. So lautet das Motto des Forums. Alle kommen zusammen, um Ideen zu diskutieren, die Bewegung gegen Krieg und Sozialabbau aufzubauen, und Aktion zu planen.

Sozialforum02

Letzten November versammelten sich 60.000 Menschen in Florenz für das erste ESF. Wir diskutierten über Rassismus, Sweatshops, die Kämpfe in Lateinamerika, den Sozialabbau in Europa, neue Netzwerke und Aktionen gegen den globalen Krieg des Imperialismus, u.v.m.

Die ganze Woche lang war der revolutionäre Geist im Aufstieg; der Höhepunkt war am Samstag, als über eine Million aus Italien und der ganzen Welt durch die kleinen Straßen der mittelalterlichen Stadt marschierten, um gegen den drohenden Irak-Krieg und die neoliberale Politik der Berlusconi-Regierung zu protestieren. Inspirierend für alle war wohl, wie einfache Leute, von 2 bis 90 Jahre alt, die DemonstrantInnen mit Applaus und roten Tüchern anfeuerten.

Am letzten Tag fand die Versammlung der sozialen Bewegungen statt, die den Aufruf für den internationalen Anti-Kriegstag am 15. Februar formulierte. An diesem Tag demonstrierten 20 Millionen Menschen in 600 Städten rund um die Welt – die größte und erste weltweite Antikriegs-Demo in der

Fortsetzung auf Seite 11...